

RT Rathaus-Telegramm



der Freien Demokraten im Reutlinger Gemeinderat

Ohne Haushalt läuft nichts Notgedrungenes Ja der FDP-Fraktion im Sinne der Wiedergewinnung der Handlungsfreiheit

Die FDP-Fraktion hat dem von der Verwaltung vorgelegten Etat-Entwurf notgedrungen zugestimmt, weil die Stadt Reutlingen nur mit einem genehmigten Haushalt ihre Handlungsfähigkeit für den Rest des Jahres wiedergewinnt. „Derzeit sind uns sowohl bei Investitionen als auch bei der Zahlung von Zuschüssen wegen des Diktats des Regierungspräsidiums die Hände gebunden“, stellte Stadtrat Hagen Kluck bei der Haushaltsdebatte des Gemeinderates fest, „wir brauchen aber dringend weitere Investitionen in die Kinderbetreuung, für die Sanierung und die Erweiterung von Schulen, zum Ausbau des Hochwasserschutzes, zur Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur und für die Rückkehr zu einem attraktiven öffentlichen Personennahverkehr“. Weil man auch weitere Möglichkeiten zur Bezuschussung des bürgerschaftlichen Engagements und gemeinsamer Projekte mit Kooperationspartnern braucht, ließen Regine Vohrer, Sarah Zickler und Hagen Kluck den zweiten Teil des 2021 beschlossenen Doppelhaushalts mit den notwendigen Änderungen jetzt passieren. Die vorgenommenen Änderungen sind für Liberale schmerzhaft. Die Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer trifft Handel, Handwerk, Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Die Wirtschaft leidet immer noch unter der Corona-Krise. Es ist zu befürchten, dass die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auch bei uns in Reutlingen große Schwierigkeiten verursachen werden. Die höhere Grundsteuer verteuert das Wohnen in unserer Stadt weiter.



Weil ohne Haushalt in der Stadt wenig läuft, ließ die FDP-Fraktion den Etat-Entwurf der Verwaltung passieren.

**NIE GAB ES
MEHR ZUR TUN.**

**VOR ORT
ENTSCHEIDET.**

Auch wenn sich die finanzielle Lage vielleicht wieder bessert, muss die Stadt Reutlingen nach Auffassung der Liberalen Strukturänderungen angehen.

Verwaltung modernisieren! Fraktionsvorsitzender Hagen Kluck fordert ein Umdenken in der Reutlinger Kommunalpolitik

„Leider müssen wir akzeptieren, dass dringend notwendige Veränderungen in den Strukturen der Stadt nicht auf die Schnelle zu verwirklichen sind“, gestand FDP-Fraktionsvorsitzender Hagen Kluck in der Haushaltsdebatte des Gemeinderates ein, „wir wollen im Interesse einer modernen und bürgernahen - und dazu stärker digitalisierten - Verwaltung mehr wirtschaftliches Denken und Handeln in den städtischen Ämtern und Betrieben. Wir wollen neue Wege in der Personalgewinnung, in den Bauten und in der Auslastung der Kinderbetreuung, damit nicht immer wieder in jedem Jahr Hunderte von Plätzen fehlen“. Die FDP wolle die Zusammenarbeit von Stadt und GWG auf eine neue Grundlage stellen, damit die Wohnungsgesellschaft weitere Aufgaben im Bereich von Bauen und Sanieren, von Wohnen und Unterbringung übernehme. Man müsse generell prüfen, wie die über 20 Tochterfirmen die Kernverwaltung der Stadt entlasten könnten. „Wir wollen mehr Kompetenzen und eigene Finanzmittel für die Stadtbezirke, damit wir zu mehr kostengünstigen Entscheidungen vor Ort und damit zu mehr Bürgernähe kommen“, erinnerte Kluck an eine alte Forderung der Liberalen. Das alles und vieles mehr verschiebe die FDP jetzt auf kommende Haushaltsberatungen. „Dabei lassen wir uns dann vom Regierungspräsidium keinen Strich mehr durch die Rechnung machen“, kündigte Stadtrat Kluck an, „die kommunale Selbstverwaltung zählt für uns mehr, als die Erbsenzählerei dieser ohne demokratische Kontrolle agierenden Mittelbehörde“. Es sei unerträglich, wenn die mit 60 Milliarden bis zur Unterkante Oberlippe verschuldete grün-schwarze Landesregierung die Stadt zu solider Haushaltsführung mahne. Die Haushaltslöcher seien schließlich durch Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg entstanden. Hagen Kluck erinnerte an die Steuerausfälle durch die von der Landesregierung verfügbaren Pandemie-Einschränkungen, an die nicht auskömmliche Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung und an das „Nein“ der Landtagsmehrheit zur Kreisfreiheit.

Solidarität mit der Ukraine

FDP-Fraktion begrüßt rasche Vorbereitung für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen

Die FDP-Fraktionen im Gemeinderat und im Kreistag begrüßen die rasche Weichenstellung für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen in Stadt und Kreis Reutlingen. Putins völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine ist nach den Worten des Fraktionsvorsitzenden Hagen Kluck nicht nur ein Überfall auf einen souveränen Staat, sondern ein Angriff auf demokratische Werte. Die vom Krieg betroffene Bevölkerung könne mit der Solidarität aller Liberalen rechnen.

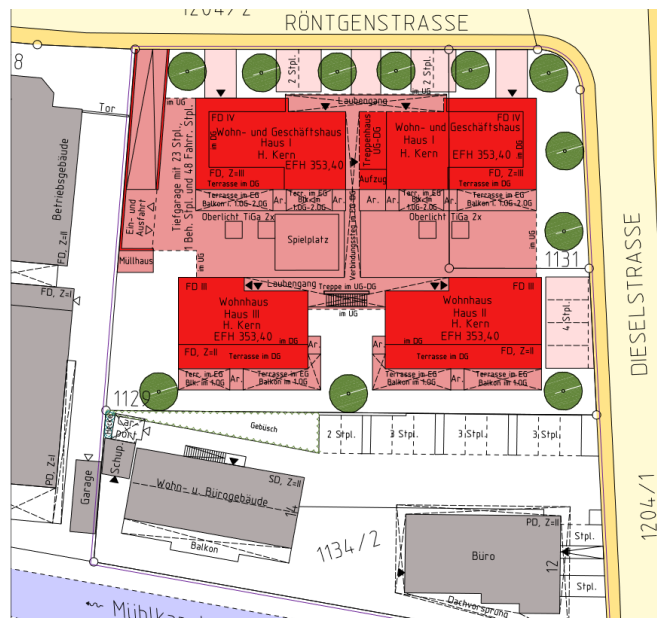
Vorreiter statt Nachzügler

Stadträtin Sarah Zickler beharrt auf einem Livestream öffentlicher Gemeinderatssitzungen

Dass die Stadtverwaltung die Entscheidung über eine Video-Übertragung öffentlicher Gemeinderatssitzungen weiter vor sich herschiebt, ärgert FDP-Stadträtin Sarah Zickler. „Wir sollten Vorreiter sein und nicht Nachzügler, Ermöglicher und nicht Verhinderer“, forderte sie in der Ratsdebatte über das Livestreaming. Die Verwaltung will den entsprechenden Antrag der Liberalen erst nach einer Novellierung der Gemeindeordnung wieder aufgreifen. Die Koalitionsvereinbarung von Grünen und CDU im Land eröffne die Perspektive, dass „dauerhafte und nicht auf Notlagen begrenzte Möglichkeiten geschaffen werden sollen, online und hybride Sitzungen von Gemeinderäten durchzuführen und zu streamen“. Stadträtin Zickler betonte, dass der Gemeinderat im Dienst der Bürgerschaft stehe. Deshalb sei es wichtig, die Bevölkerung durch niederschwellige Angebote über die Rathaus-Arbeit zu informieren. Nicht jeder könne bei den Sitzungen vor Ort sein. In anderen Kommunen gehe das mit der Video-Übertragung ja auch. Zumindest könne die Verwaltung jetzt schon die Voraussetzungen fürs Livestreaming schaffen, indem sie Zustimmungen bei den Akteuren einhole und die Technik vorbereite.



Was in Filderstadt und anderswo seit Jahren läuft, geht in Reutlingen nach Auskunft der Stadtverwaltung nicht: Die Übertragung der öffentlichen Ratssitzungen.



Das Gelände der früheren Zimmerei Kern an der Ecke von Diesel- und Röntgenstraße in Betzingen neu bebaut werden. Die beiden Gebäude am Mühlkanal nördlich der Sportanlage Im Grieff bleiben bestehen.

Gewerbe und Wohnungen

Stadträtin Regine Vohrer freut sich über den Bebauungsplan für die frühere Zimmerei Kern

Mit den Stimmen der FDP hat der Gemeinderat der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für das Gelände der früheren Zimmerei Kern an der Ecke von Röntgen- und Dieselstraße in Betzingen zugestimmt. Stadträtin Regine Vohrer begrüßte das Vorhaben bereits im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss, Bezirksstadträtin Karin Lenz stimmte ihm im Ortschaftsrat zu. Anlass der Planung ist die Absicht des Grundstückseigentümers, hier ein neues Wohn- und Geschäftsgebäude zu bauen. Das Plangebiet war bereits 2018 Gegenstand einer öffentlichen Auslegung. Die dort eingegangenen Stellungnahmen sind in die vorliegende Planung eingeflossen. Wesentliche Aspekte, wie zum Beispiel Hochwasser-, Schall- und Naturschutz sind somit berücksichtigt. Zum Geltungsbereich gehören im Süden das Bürogebäude Dieselstraße 12 sowie das Wohn- und Bürogebäude Dieselstraße 14, für deren Bestand keine Änderungen beabsichtigt sind. Hauptgegenstand der Planung ist der nördliche Teilbereich entlang der Röntgenstraße. Hier soll ein dreigeschossiger dreigliedriger Gebäudekomplex mit insgesamt 20 Wohnungen und vier Läden oder Büros auf einer Tiefgarage entstehen.



Rathaus-Telegramm

Herausgegeben von der FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Reutlingen (Regine Vohrer, Sarah Zickler, Hagen Kluck)
Verantwortlich: Hagen Kluck, Mössingerstraße 9, 72770 Reutlingen
Tel: 0175 2426573 – Fax 577568 – Mail: hagen-kluck@gmx.de